



Bezirk Niedersachsen  
und Sachsen-Anhalt

**Pressegespräch:**

**„Besser statt billiger - Innovation statt Tarifdumping“**

**20. September 2005**

**in Hannover**

**Statement**

**Hartmut Meine**

**Bezirksleiter IG Metall**

**Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

**(Es gilt das gesprochene Wort)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Bundestagswahl vom Sonntag und ihr Ergebnis nehmen auch zwei Tage danach auf unserer Tagung einen breiten Raum ein. Deshalb lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Wahlausgang aus Sicht der IG Metall machen.

Das unerwartete, vielleicht sogar überraschende Wahlergebnis ist bekannt.

Wie ist nun das Ergebnis aus unserer Sicht, aus Sicht der IG Metall zu beurteilen? Unsere vorläufigen Einschätzungen möchte ich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Eine Mehrheit von Schwarz/ Gelb ist nicht zustande gekommen. Die Wähler haben sich mit deutlicher Mehrheit gegen eine Politik ausgesprochen, die dezidiert gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerichtet ist. Dies zudem offenbar gegen den Mainstream von Demoskopen und veröffentlichter Meinung. Die behauptete Wechselstimmung hat sich weitgehend als Medienerfindung erwiesen. Aus niedersächsischer Perspektive heißt einer der größten Wahlverlierer Christian Wulff, der amtierende Ministerpräsident. Gegenüber der Landtagswahl Anfang 2003 hat die CDU in Niedersachsen mehr als 14 Prozent der Zweitstimmen eingebüßt.
2. Das Abstimmungsergebnis zeigt: Es gibt eine politische Mehrheit links der bürgerlich-konservativen Parteien auch wenn dies sich zumindest kurzfristig nicht eine politische bzw. Regierungskoalition niederschlägt. Langfristig kann das anders aussehen. Ich empfehle an dieser Stelle auch zu weniger Aufgeregtheit in der Debatte. Ein Blick auf die politischen Verhältnisse zum Beispiel in Norwegen und Schweden zeigt, dass auch Mehrheitskonstellationen jenseits des bürgerlichen Lagers keineswegs kategorisch auszuschließen sind.
3. Mit einiger Vorsicht wir können wir feststellen, dass die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte, wie sie die Unionsparteien mit ihren Plänen zu befürchten waren, ausbleiben.

Die Aufweichung des Kündigungsschutzes, gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie, die Kürzung der Pendlerpauschale und die Abschaffung der Steuerfreiheit für Zuschläge für Nacht- und Feiertagsarbeit wird es - so sieht es zumindest jetzt aus - nicht geben. Wir werden hier allerdings wachsam bleiben.

4. Wir haben als IG Metall vor der Wahl keine Wahlempfehlung abgegeben. Aus dem gleichen Grund kann es jetzt auch keine Empfehlung für eine bevorzugte Regierungskoalition aus Sicht der IG Metall geben. Für uns bleibt es auch nach der Wahl dabei: Wir stellen die Parteien inhaltlich auf den Prüfstand. Das gilt auch für mögliche Regierungskoalitionen. Deshalb müssen unsere inhaltlichen Positionen auch Messlatte für die Bewertung möglicher Regierungskoalitionen bleiben. Wir wollen eine Politik im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der Mehrheit in dieser Gesellschaft. Eine Politik, die das größte Problem, die Massenarbeitslosigkeit, nicht mit dem Abbau von Arbeitnehmerrechten etwa durch weniger Kündigungsschutz und den Ausbau des Niedriglohnsektors, zu lösen versucht. Gefragt ist vielmehr eine Politik, die die Binnennachfrage stärkt und Innovationen in den Betrieben und Branchen fördert.

Innovation ist auch das Thema unserer heutigen Tagung.

„Besser statt billiger - Innovation statt Tarifdumping“ so lautet der Titel einer Initiative des Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, die wir auf unserer Veranstaltung vorstellen und diskutieren wollen.

Die Fälle, in denen wir als IG Metall mit Unternehmern konfrontiert sind, die versuchen die bestehenden Tarifverträge zu unterschreiten, nehmen zu. Arbeitgeber versuchen vermehrt mit Tarifdumping dem verschärften Wettbewerbsdruck zu begegnen.

Nicht selten haben wir es sogar mit rechtswidrigem Vorgehen zu tun, bei dem Belegschaften Zugeständnisse abgepresst werden sollen.

Gleichzeitig erleben wir seit Jahren geradezu eine Kampagne, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiszumachen versucht, Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten seien die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme.

Aber dieser Ansatz taugt nicht dafür, eine Gesellschaft und eine hochentwickelte Wirtschaft wie unsere zukunftsfähig zu machen. Für die Zukunftsfähigkeit sind vielmehr Qualifizierung und die Motivation der Menschen in den Betrieben und in dieser Gesellschaft ausschlaggebend.

Wer die falsche Diagnose stellt, wird auch die falsche Medizin verschreiben.

Deshalb sagen wir: Wir wollen diesen billigen Weg der Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung nicht, weder für die Gesellschaft als Ganze noch für die einzelnen Unternehmen und ihre Beschäftigten. Deshalb sperren wir uns da, wo wir gefordert sind, gegen die billigen Lösungen.

Statt des billigen Weges des Tarifdumpings gehen wir den besseren Weg der Innovation. Daher unser Motto: Besser statt billiger - Innovation statt Tarifdumping.

In etlichen Betrieben der Metallindustrie konfrontiert die Unternehmensseite die IG Metall mit Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, Streichung des Weihnachtsgeldes oder des Urlaubsgeldes.

Wir schauen uns dann sehr genau die Situation in den einzelnen Betrieben an.

Teilweise ziehen wir auch externe Sachverständige und Gutachter hinzu.

Häufig stellen wir fest, dass eine schwierige ökonomische Lage, in die ein Unternehmen hineingerutscht ist, nichts mit den Tarifbedingungen zu tun hat. Abstriche beim Tarifvertrag würden auch nicht helfen, weil die Krise ganz andere Ursachen hat.

Nicht in allen, aber in zahlreichen Fällen haben wir festgestellt, dass die Abläufe und Prozesse im Unternehmen nicht in Ordnung sind, dass veraltete Technologien, veraltete Logistikkonzepte angewendet werden, dass die Arbeitsorganisation nicht in Ordnung ist, dass die Qualifizierung der Beschäftigten ein Fremdwort ist.

Häufig weisen Berater darauf hin, dass das Unternehmen bei den Produkten auf aktuelle Marktentwicklungen gar nicht oder zu spät reagiert hat.

Vorschnelle Rufe nach Einschnitten beim Tarif sind zu einfach. Mit dem Ansatz „Besser statt billiger - Innovation statt Tarifdumping“ haben wir bisher gut Erfahrung gemacht.

Eine erste Schlussfolgerung lautet: Die IG Metall und Betriebsräte müssen sich früher um Innovationsprozesse in den Unternehmen kümmern und sich stärker einmischen.

Hier gibt es erhebliche Defizite auf Seiten von Unternehmen. Dazu einige Beispiele:

An der Universität Hannover besteht ein Produktionstechnisches Zentrum (PZH), in dem sechs namhafte Institute für Produktionstechnik, Produktionsorganisation und Logistik zusammenarbeiten und mit Firmen kooperieren.

In einem Gespräch mit den Professoren stellte sich heraus, dass die Institute zwar eng mit zahlreichen Firmen zusammenarbeiten, diese aber überwiegend aus Süddeutschland kommen.

Der Leiter eines regionalen Entwicklungsprojektes in Niedersachsen berichtet mir, dass er Gesprächskreise zwischen mittelständischen Unternehmen und Forschungsinstituten zu speziellen Themenbereiche initiiert. Manche Geschäftsführer von mittelständischen Unternehmen müssten quasi zu ihrem Glück, nämlich zu einer Zusammenarbeit mit Hochschulen und damit zum Zugang zu Forschungsergebnissen, gezwungen werden.

In anderen Fällen haben wir bei der Arbeitsorganisation häufig den Eindruck, dass neuere Entwicklungen verschlafen wurden und viele Unternehmen noch den alten Gedanken der tayloristischen Arbeitsteilung verpflichtet sind.

Viele Arbeitgeber stehen einer tatsächlichen Gruppenarbeit mit ganzheitlichen Arbeitszuschnitten und lernförderlichen Arbeitsbedingungen sehr skeptisch gegenüber.

In vielen mittelständischen Unternehmen gilt: die besten Vorschläge und Ideen kommen oft von den Beschäftigten, man muss sie nur fragen. Das gilt für Arbeitsabläufe, das gilt aber mitunter auch für Märkte. Bei Bombardier in Halle waren es Beschäftigte und IG Metall, die immer wieder auf die Chancen in den osteuropäischen Ländern hingewiesen haben. Bombardier hat das immer abgetan. Jetzt verhandeln wir über ein Joint Venture mit genau diesem Schwerpunkt.

Wenn Innovationsprozesse hinausgezögert oder zu spät in Angriff genommen werden, versuchen Unternehmen oft den Druck auf die Belegschaft weiter zu geben und Abweichungen vom Tarifvertrag zu erpressen.

Wir wollen als IG Metall diesen Weg der Innovation, der Forcierung von Innovationsprozessen im Unternehmen positiv begleiten.

Ich will allerdings auch deutlich sagen, dass dies kein Allheilmittel und kein Patentrezept ist - schon gar nicht auf der einzelbetrieblichen Ebene.

Der Ansatz „Besser statt billiger - Innovation statt Tarifdumping“ muss eingebettet werden in eine Wirtschafts- und Strukturpolitik und muss Teil einer staatlich geförderten beschäftigungsorientierten Innovationspolitik sein.

Auf der gesellschaftlichen Ebene müssen Innovationsprozesse staatlich reguliert werden. Diejenigen die uns erzählen, der Staat müsse sich aus gesellschaftlichen Belangen stärker zurückziehen, liegen hier völlig falsch.

In einer öffentlichen Debatte muss in einer Gesellschaft entschieden werden, welche Innovationsprojekte vorangetrieben werden sollen. Heute, angesichts von fast 5 Millionen Arbeitslosen, sollte der Schwerpunkt auf den Projekten liegen, bei denen man vermuten kann, dass dadurch auch Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen oder gesichert werden.

Ich habe kein Verständnis dafür, dass das Konzept für MP3 Player in Deutschland entwickelt wurde, die Geräte aber nun in China produziert werden und dadurch in Deutschland kaum ein Arbeitsplatz in der Produktion geschaffen wurde.

Eine beschäftigungsorientierte Innovationspolitik verbunden mit einer Stärkung der Binnennachfrage kann einen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.